

wiesen ist. So gehe ich nun in einen Zustand der Öde zurück, und ich wünschte nur, daß bald von Euch an mich der Wunsch erginge, daß ich zu Euch kommen soll, um bei Euch zu arbeiten.“

Den gleichen Gedanken sprach mein Freund Rudolf Meier aus Mainz öffentlich und auch mir persönlich gegenüber aus. Da wußte ich, daß alles darauf ankommt, daß wir den kulturpolitischen Funktionären der Partei und darüber hinaus allen, die sich mit Kulturpolitik und Schulpolitik in den westlichen Besatzungszonen wie auch in der sowjetischen Besatzungszone befassen, klarmachen müssen, daß wir die Fehler der Vergangenheit am besten vermeiden, wenn wir eine gründliche Analyse unserer gegenwärtigen kulturpolitischen Situation mit der Analyse der Situation von 1932 zu 1933 verbinden. Wir müssen erkennen — und das gilt besonders für unsere Freunde aus den westlichen Besatzungszonen —, daß zwei Haupthindernisse einer gründlichen Schul- und Kulturreform vor 1933 entgegenstanden: erstens die Weimarer Verfassung, so paradox es klingen mag, und zweitens die wirtschaftlichen Verhältnisse, die in dieser Verfassung ihren Ausdruck fanden.

Die Weimarer Verfassung in den Artikeln 120, 122, 145, 146 umriß die Aufgaben des Staates in bezug auf die Erziehung der Jugend und der Erwachsenen und erklärte in Artikel 120, daß die Erziehung der Jugend zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Reife oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern ist. Dem Staate wurde nur das Recht der Aufsicht gegen Mißbrauch des elterlichen Rechtes zugestanden. Der Staat erhielt eine negative Rolle zudiktiert, eine Polizeifunktion, um der Verwahrlosung der Jugend zu steuern. Dem Staat wurde allerdings übertragen, die Mittel für das in der Verfassung vorgesehene Schulsystem bereitzustellen. Aber man wußte und man muß wissen, daß es innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht möglich ist, den Arbeitsertrag, das Arbeitsprodukt aus der kapitalistischen Wirtschaft abzuzweigen und überzuführen in eine sozialistische Schulreform oder in Zwecke, die dem Sozialismus und der Vorbereitung des Sozialismus dienen. Deshalb mußten wir bei den ersten stärkeren krisenhaften Erscheinungen erleben, daß sowohl die sozialdemokratischen Kultusminister in Preußen wie die Nazikultusminister in Thüringen und in Braunschweig den Abbau aller kulturellen, aller schulreformerischen Vorgänge einleiteten und in Kürze alles versdrwunden war, was die Zeit von 1918 unter schweren Kämpfen geschaffen hatte. Das Ergebnis war, daß die Nazis gerade auf diesem Gebiet nur noch sehr wenig vorfanden, was sie abbauen mußten.